

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Ausschusses für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität am 23.08.2023 im Sitzungssaal 1 des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 5

Abschaffung des Taxibuszuschlages im Kreis Euskirchen hier: Antrag der SPD-Fraktion

A 109/2022

Die antragstellende SPD-Fraktion legt ihre Auffassung dar, dass inzwischen ausreichend über die Problematik diskutiert worden sei und appelliert an die übrigen Fraktionen, gemeinschaftlich die Abschaffung des TaxiBus-Zuschlags zu beschließen. Der Zuschlag sei – insbesondere unter Berücksichtigung der Einführung des 49 €-Tickets - nicht mehr zeitgemäß.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass die entstehenden Mindereinnahmen eine Erhöhung der ÖPNV-Umlage bewirken und sieht in der Folge eine überproportionale Belastung der Flächenkommunen. Auch wird bei Entfall des Zuschlags die Gefahr einer missbräuchlichen Nutzung durch Schüler gesehen – dies sei im Jahr 2006 wohl auch ein Grund gewesen, den TaxiBus-Zuschlag einzuführen. Im Falle des Zuschlagentfalls müsse zudem zwingend eine Evaluation erfolgen.

Auch die UWV-Fraktion sieht die Abschaffung des TaxiBus-Zuschlages kritisch. Ob das 49 €-Ticket Bestand habe, wisse man nicht. Auch seien die Kommunen unterschiedlich betroffen. Da noch Beratungsbedarf bestehe, wird zunächst der Antrag formuliert, die Beschlussfassung um ein Jahr zu schieben.

Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird sich für die Abschaffung des TaxiBuszuschlags ausgesprochen. Jetzt sei die Zeit, den Zuschlag abzuschaffen. Es bestehe Konsens in der Gesellschaft, dass die Verkehrswende notwendig sei, um der Klimakrise zu begegnen.

Die CDU-Fraktion führt aus, dass sie grundsätzlich bereit sei, dem Antrag zuzustimmen. Wenn jedoch innerhalb der Fraktionen noch Bedenken bestünden, sollte Zeit für weitere Beratungen bestehen. So könne eine erneute Beratung im nächsten Kreisausschuss erfolgen mit dem Ziel der Beschlussfassung im Kreistag. Sie weist auf einen weiteren Aspekt hin: Der TaxiBus-Zuschlag sei Bestandteil des VRS-Tarifs. Dieser werde zum Jahreswechsel 2024 voraussichtlich massiv angehoben. Davon sei dann auch der TaxiBus-Zuschlag betroffen. Insofern würde bei Beibehaltung des Zuschlags eine deutlich höhere Belastung der Nutzer entstehen. Auch wird hervorgehoben, dass das TaxiBus-System an sich bereits zu deutlich geringeren ÖPNV-Kosten im Kreis beitrage. So liege das TaxiBus-Angebot bei 5 Mio. km, während die nachgefragten Fahrten 1 Mio. km betragen.

Die Verwaltung erläutert, dass der Schülerverkehr grundsätzlich mit großen Linienbussen abgewickelt werde und zu diesen Zeiten kein paralleles TaxiBus-Angebot bestünde. Allerdings habe sich die Schullandschaft in den vergangenen Jahren deutlich, u.a. durch Nachmittagsunterricht und –betreuung, verändert. Der

TaxiBus werde daher außerhalb der Hauptverkehrszeiten im Schülerverkehr auch von Schülern genutzt, was aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und gewünscht sei. Mit dem NRW-eezy-Tarif gebe es im Übrigen einen neuen Handytarif, der über Check-in/Check-out funktioniere. Bei diesem – werde - trotz entsprechender Hinweise des Kreises – bereits kein TaxiBus-Zuschlag mehr erhoben.

In der abschließenden Diskussion wird Einvernehmen erzielt, dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen. Die UWV-Fraktion erklärt sich bereit, Ihren Antrag auf Vertagung um ein Jahr, zurückzuziehen.

Es erfolgt anschließend eine Abstimmung über folgenden Vorschlag: „Der Antrag A 109/2022 soll am 06.09.2023 erneut im Kreisausschuss beraten werden. Ziel ist eine Beschlussfassung im Kreistag am 20.09.2023.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig dafür